

**NACHRICHTEN**

**Pakistan kündigt Kommunalwahlen an**

ISLAMABAD: Zwei Tage vor dem Besuch von US-Präsident Bill Clinton hat der pakistanische Militärmachthaber General Pervez Musharraf Kommunalwahlen für das nächste Jahr angekündigt. Musharraf sagte am Donnerstag, nach den Kommunalwahlen sollten auch Parlamentswahlen stattfinden. Musharraf hatte im vergangenen Oktober Ministerpräsident Nawaz Sharif gestürzt und damit Besorgnis über die Demokratie im Land ausgelöst.

**Polizei befragt Minister wegen Sex-Vorwürfen**

JERUSALEM: Israels Polizei hat am Donnerstag den Transportminister Izhak Mordechai erstmals wegen des Verdachts der sexuellen Belästigung einer Mitarbeiterin befragt. Das israelische Radio meldete, die Befragung finde unter Strafandrohung statt. Der 55-jährige Mordechai hatte sich vor gut zwei Wochen für die Zeit der Ermittlungen selbst beurlaubt. Er bestreitet kategorisch, die 23-Jährige sexuell genötigt zu haben. Die Polizei hat bislang verschiedene Zeugen aus Mordechais Büro und die Frau selbst mehrmals befragt.

**Kein Strom, kein Brot: Dorf boykottiert Wahl**

MOSKAU: Ein halbes Jahr kein Strom. Brot und Lebensmittel gibt es nur dann und wann, das Telefon funktioniert auch nicht – aus Protest gegen solche Unbill will ein Dorf im Fernen Osten die russische Präsidentenwahl boykottieren. Das Dorf in der Wrangel-Bucht habe dem Gouverneur des Primorje-Gebietes, Jewgeni Nasdratenko, in einem Brief den Verzicht auf die Stimmabgabe mitgeteilt, meldete die Nachrichtenagentur Interfax am Donnerstag aus Wladiwostok. Früher habe es in dem Dorf ein Forschungszentrum und auch eine Einheit der Pazifik-Flotte gegeben, die den Menschen die Lebensgrundlage gesichert hätten, hiess es. Doch die Einheit sei abgezogen und das Zentrum arbeite nicht mehr. Das Dorf sei seinem Schicksal überlassen worden. Bei der vorgezogenen Präsidentenwahl am Sonntag gilt der amtierende Staatschef Wladimir Putin als klarer Favorit. Noch am Mittwoch hatte Putin gesagt, Russland könne nur gestärkt werden, wenn «die Menschen genug zum Leben haben».

**Lee will Parteivorsitz niederlegen**

TAIPEH: Nach der Wahlniederlage der Kuomintang-Partei (KMT) wird der scheidende taiwanische Präsident Lee Teng-hui am Freitag den Parteivorsitz niederlegen. Der bisherige Stellvertreter Lees, Lien Chan, werde voraussichtlich den Vorsitz der KMT übernehmen, kündigte ein ranghoher Parteivertreter am Donnerstag in Taipeh an. Die Basis der KMT macht Lee für den Misserfolg bei den Präsidentschaftswahlen am Samstag verantwortlich. In den vergangenen Tagen hatten zahlreiche Demonstranten den Rücktritt Lees von der Parteispitze gefordert. Der KMT-Kandidat Chan hatte bei der Wahl das schlechteste Ergebnis der drei favorisierten Bewerber erzielt. Damit verlor die Kuomintang nach einem halben Jahrhundert die Macht.

**50 Millionen Dollar für Uganda-Hilfsprojekt**

ROM: Die UNO wird für die nächsten zwei Jahre Tausende von Menschen im Norden Ugandas mit Lebensmitteln versorgen. Dem Welt-ernährungsprogramm (WFP) der UNO stehen dazu 50 Mio. Dollar zur Verfügung. Die Versorgung der Menschen in Uganda sei schwierig, weil sie auf der Flucht vor Rebellen seien. Es werde alles getan, damit die Nahrungsmittel auch weiterhin jene erreichten, deren Leben von sinnloser Gewalt zerstört wurde, sagte ein WFP-Sprecher am Donnerstag in Rom. Angriffe, Hinterhalte und dauernde Bedrohung machten die Arbeit der Hilfskräfte in dieser Region schwer. Die Lebensmittel müssten daher unter Militärschutz transportiert werden. Das WFP plane ausserdem, die Hälfte der rund 83 000 Tonnen Lebensmittel, die für das Zwei-Jahres-Projekt benötigt würden, vor Ort zu kaufen. Sie wollten Zehntausende von Bauern in Uganda unterstützen. Das WFP rechnet damit, dass durch die Massnahme rund 18 Millionen Dollar in die Wirtschaft Ugandas fliessen werden. Das Ernährungsprojekt der UNO versorgt nach eigenen Angaben derzeit mehr als 550 000 Flüchtlinge in Uganda.

**Clinton lernt indische Basisdemokratie kennen**

Clintons Staatsbesuch in Indien: Unterstützung der Gleichberechtigung

JAIPUR: Bei seinem Staatsbesuch in Indien hat US-Präsident Bill Clinton am Donnerstag den Vormarsch von Basisdemokratie und Gleichberechtigung der Frauen in den Dörfern Indiens unterstützt.

Im Dorf Naila im Staat Rajasthan traf er mit den 15 gewählten Mitgliedern des Ortsrates zusammen, von denen fünf Frauen sind. Ausserdem besichtigte Clinton das historische Amber-Fort bei Jaipur, das sechs Jahrhunderte lang der Sitz der Maharadschas war, und das Tigerschutzgebiet Ranthambhore.

Er gab bekannt, dass die USA neue Projekte zum Schutz der bedrohten Tiger und Elefanten in Indien mit 250 000 Dollar unterstützen werden. In Naila liess sich Clinton aus erster Hand unterrichten, wie das 1993 durch Parlamentsbeschluss in Neu Delhi geschaffene so genannte Panchayat-System der lokalen Selbstverantwortung funktioniert.

Ausserdem lernte er das massgeschneiderte Computersystem einer indischen Firma für Milchbauern kennen, das die Menge und Qualität der Milch misst und die Landbevölkerung mit moderner Technologie vertraut macht. Ausser in Indien wird es auch in anderen asiatischen Ländern und in Lateinamerika eingesetzt. Clinton sagte, die Menschen



Bill Clinton hat den Vormarsch von Basisdemokratie und Gleichberechtigung der Frauen in den Dörfern Indiens unterstützt. (Bild: Keystone)

von Naila bewiesen, dass «die Demokratie genutzt werden kann, um den Armen zu helfen». Wenn Indien gleichzeitig die Diskriminierung von Frauen überwinde, könne es der Welt das «grösste Geschenk» machen. Naila hat etwa 10 000 Einwohner, 2800 davon können Schätzungen zufolge lesen und schreiben, unter ihnen nur 700 Frauen.

Unterdessen wurden die indischen Armee-Einheiten in Kaschmir wegen gewalttätiger Proteste von rund 10 000 Sikhs verstärkt. Augenzeugen berichteten aus der Winterhauptstadt des indischen Teils von Kaschmir, Jammu, dass die Polizei gegen die aufgebrachten Sikhs Tränengas einsetzte.

Den zweiten Tag in Folge versuchten die jugendlichen Sikhs, Absperungen zu durchbrechen, um zur Residenz des Gouverneurs von Jammu vorzudringen. Am Montagabend waren in der Ortschaft Chatisinghpooora 36 Sikhs umgebracht worden. Die indische Regierung machte dafür islamische Fundamentalisten in Pakistan verantwortlich.

**Weg freigemacht**

Ratifikation der bilateralen Verträge Schweiz-EU

BRÜSSEL: Für die Ratifikation der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) ist auf Ebene der EU der weitere Weg frei gemacht worden: EU-Experten haben im bisher blockierten Verfahren eine Lösung gefunden.

Ein Streit um die EU-seitig anzunehmende Rechtsbasis für die Verträge hatte das Ratifikationsverfahren im EU-Ministerrat seit Monaten blockiert. Nun verständigten sich die Experten aber darauf, die Verträge als Assoziierungsabkommen zu betrachten, verlaute am Donnerstag aus europäischer Quelle. Umgangen werden können so Probleme der Kompetenzverteilung

unter den verschiedenen EU-Institutionen, die Hintergrund des Seilziehens waren. Assoziierungsabkommen hat die EU bereits mit zahlreichen andern Ländern abgeschlossen.

Wegen des ausschliesslich EU-internen Rechtsstreits wurde das Dossier bisher vom Ministerrat nicht ans Europaparlament weitergeleitet. Nun muss eine formelle Zustimmung noch auf Botschafter- und danach auf Ministeriebene erfolgen, worauf das Dossier an das Parlament überwiesen werden kann.

Im EU-Parlament war ursprünglich eine Ratifizierungsdebatte in der Session vom 10. bis 14. April angestrebt worden.

**Köhler als IWF-Chef**

EU begrüsst Ernennung Köhlers zum IWF-Chef

LISSABON: Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben die Ernennung des deutschen Horst Köhler zum neuen Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach deutschen Regierungsangaben einhellig begrüsst.

Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye sagte am Donnerstag am Rande des EU-Gipfels in Lissabon, die Staats- und Regierungschefs hätten spontan applaudiert, als die Nachricht bekannt wurde. Dann hätten sie – in der ersten Reihe Frankreichs Präsident Jacques Chirac – Bundeskanzler Gerhard Schröder gratuliert. Schröder habe unterstrichen, dass die Entscheidung aufgrund der Geschlossenheit

der EU möglich geworden sei. Der Kanzler habe zudem die Konsensbereitschaft der Schwellenländer und der USA im IWF gewürdigt, sagte Heye. Der IWF hatte zuvor mitgeteilt, der IWF-Exekutivrat habe Köhler einstimmig zum neuen geschäftsführenden Direktor und zum Vorsitzenden des Exekutivrates ernannt.

Köhler wird Nachfolger des Franzosen Michel Camdessus, der im Februar aus seinem Amt geschieden war. Köhlers Ernennung ging ein heftiger Streit zwischen den USA und Europa über die Nominierung eines geeigneten Kandidaten voraus, nachdem sich die EU zuvor über Monate nicht auf einen Bewerber verständigen konnte.

**Deiss trifft US-Aussenministerin Albright**

Vorgespräch: Clinton wird am Sonntag in Genf eintreffen

GENF: Die Schweiz hat am Donnerstag ihre Hoffnung bekräftigt, dass das Treffen zwischen US-Präsident Clinton und dem syrischen Präsidenten Assad am Sonntag in Genf den Friedensprozess im Nahen Osten voranbringen wird.

«Die Schweiz ist bereit, auch in Zukunft zu weiteren möglichen Treffen beizutragen», erklärte Bundesrat Joseph Deiss nach einer knapp einstündigen Unterredung mit US-Aussenministerin Madeleine Albright in Genf. Die Schweiz sei «Hüterin der humanitären Dimension». Die Schweiz ist Depositarstaat der Genfer Konventionen.

**Albright vorsichtig**

Albright warnte ihrerseits vor zu hohen Erwartungen für das Treffen am Sonntag. «Ich habe es aufgegeben, bezüglich des Nahen Ostens Voraussagen zu machen», betonte die US-Aussenministerin.

Die Tatsache, dass Clinton nach seiner Reise nach Indien und Pakistan eigens für das Treffen mit Assad nach Genf komme, zeige aber das anhaltende Engagement der USA für eine Friedenslösung. «Es ist ein Signal, dass wir bereit sind, die letzten 5000 Meilen zu gehen», betonte Albright.

**Gemeinsame Interessen im Balkan**

Deiss und Albright bekräftigten weiter das «gemeinsame starke Interesse» im Balkan. Die Zusagen müssten stärker umgesetzt werden, betonte Deiss. «Wir hoffen, dass der Stabilitätspakt für Südosteuropa effizienter und aktiver wird», sagte der Schweizer Aussenminister.

Zu Tschetschenien betonte Deiss, Moskau müsse stärker mit internationalen Organisationen wie der OSZE und dem Europarat zusammenarbeiten. Nötig sei auch ein «Monitoring», betonte Deiss.



US-Aussenministerin Madeleine Albright traf sich zu einem Gespräch mit Bundesrat Joseph Deiss. (Bild: Keystone)